



Antrag

der Fraktion des SSW

Kinder- und Jugendpolitische Themen systematisch auf die Agenda setzen, Mitwirkung stärken und Strukturen bedarfsdeckend ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Belange und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen konsequent in den Fokus ihres politischen Handelns zu nehmen. Infolge der Corona-Pandemie und vor dem Hintergrund unterschiedlicher Krisen und Herausforderungen haben auch heute noch viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erhebliche Nachhol- und Versorgungsbedarfe. Gleichzeitig schrumpft ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung und ihre politische Teilhabe ist längst nicht überall und auf allen Ebenen sichergestellt.

Um diese Situation zu verbessern und den Bedarfen junger Menschen gerecht zu werden, ist die Landesregierung aufgefordert, unter Beteiligung der Jugendverbände und der Jugendlichen selbst, u.a.

- die gesundheitlichen Folgen von Krisen für Kinder, Jugendliche und deren Familien zu analysieren und diese durch gezielte Vernetzung bestehender Strukturen und den Aufbau nötiger Infrastruktur abzufedern,
- Maßnahmen zu ergreifen, die kurz-, mittel- und langfristig dabei helfen, dem gestiegenen Bedarf an Psychotherapie für Kinder- und Jugendliche gerecht zu werden,
- die Gruppe der Kinder und Jugendlichen stärker bei ihren Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit und Isolation mitzudenken und zu adressieren,
- einen Jugend-Check der Landesgesetzgebung in Schleswig-Holstein zu entwickeln und zeitnah zu implementieren sowie zu prüfen, inwieweit auch auf kommunaler Ebene eine entsprechende Regelung eingeführt werden kann,

- sinnvolle Ansätze zur Beteiligung junger Menschen zu entwickeln und auf ein breites und finanziell solides Fundament zu stellen, um eine möglichst flächendeckende Teilhabe (beispielsweise durch die Förderung von Jugendräten oder das Einräumen projektbezogener Mitspracherechte) auf allen politischen Ebenen sicherzustellen,
- Maßnahmen zur Unterstützung von Schulkindern bei psychosozialen Folgen von Pandemie und Krisen weiterzuführen.

Begründung:

Die Lebenswirklichkeiten und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen sind im politischen Raum unterrepräsentiert. Junge Menschen sind zwar häufig nicht zuletzt von Landesgesetzen direkt betroffen, haben aber gleichzeitig keine direkten Einflussmöglichkeiten auf diese. Auch die Erfahrung der Corona-Pandemie hat klar gezeigt, dass die Lebenswelten junger Menschen selbst in Krisensituationen zu selten bzw. in einem zu geringen Umfang mitgedacht werden.

Vor diesem Hintergrund ist es zwingend notwendig, kinder- und jugendpolitische Themen stärker in den Fokus des politischen Handelns zu stellen und sowohl bestehende Teilhabemöglichkeiten wie Hilfsangebote bedarfsdeckend weiterzuentwickeln.

Christian Dirschauer
und Fraktion